

Seit dem Tode Stalins sind die kommunistischen Länder in eine allerdings noch unterschwellige Krisensituation geraten, einmal durch die Bürokratie und besonders durch die hochkonzentrierte zentrale Verwaltungswirtschaft, zweitens weil keine harmonische Entwicklung möglich ist, um den Bereich der notwendigen Verbrauchsgüter zu versorgen. Drittens sind zwei soziale Schichten die besonderen Opfer dieser rückschrittlichen bürokratischen Herrschaft: die Arbeiterschaft und die Beamten-schaft. Das schließt auch die engere und ohnehin suspektere Vormundschaft der *savants, cadres et techniciens* ein. Schließlich besteht ein Interesse der Arbeiter, sich mit der Technostruktur zu verbünden, um die wirtschaftliche Stagnation und die Unterdrückung des Menschen aus der Welt zu schaffen.

Man könnte sagen, daß im Grunde genommen im Kommunismus, so wie er gehandhabt wird – als zentrale Planwirtschaft – eine Fülle von sozial bemerkenswerten Phänomenen, die die Sozialisten und Kommunisten dem Kapitalismus anrechnen, sehr fröhliche Urständ feiern. Die erwähnte französische Literatur, die leider in Deutschland noch keine Parallele hat, begründet diese These.

Leerformeln?

Zur Frage der Prinzipien der bundesdeutschen Bildungsreform

Von Franz Greiner

Seit nunmehr fast acht Jahren gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein Dauergespräch über Fragen der Bildungsreform. Da die Bereiche der Bildung und Erziehung weit über schulische Ausbildung hinausreichen und sich bei näherem Zusehen als fast unbegrenzt erweisen, nimmt die Dauer der öffentlichen Diskussion nicht wunder, ja es scheint auch nicht abwegig, daß Sachfragen, die man glaubte als erledigt ansehen zu können, sich immer wieder zur Debatte stellen. Der Komplex der Fragen ist ein offenes Ganzes; die Einzelprobleme lassen sich nicht buchhalterisch abhaken.

Sucht man zu erfahren, welche bildungstheoretische Prinzipien die Debatte bestimmen, so erhält man nur spärliche Antwort. Wohl wird immer wieder auf die gängigen Schlüsselbegriffe verwiesen. Aber sie werden kaum hinterfragt, und die Literatur, die sich um die Erhellung dieses Gesichtspunktes bemüht, ist an fünf Fingern abzuzählen.

Woran liegt es, daß zur Frage der Prinzipien der Bildungsreform und -politik und deren Voraussetzungen bislang geschwiegen wurde? Es gibt dafür zwei Gründe. Einmal versteht sich die Wissenschaft von der Pädagogik heute viel stärker als nach 1945 oder in den zwanziger Jahren als »Erziehungswissenschaft«¹. Sie weiß sich von der geisteswissenschaftlich verstehenden oder normativ verfaßten Pädagogik der Kerschensteiner, Spranger, Litt usw. getrennt, sie sucht die Nähe zu den sich empirisch deklarierenden Disziplinen, vor allem den Sozialwissenschaften und läßt

¹ Diesen und den folgenden Hinweis verdanke ich Joachim H. Knoll.

demzufolge geisteswissenschaftliche Methoden nur für die Bereiche der Hypothesenbildung und Prognostik zu. Die Erziehungswissenschaft begreift sich darüber hinaus als Handlungswissenschaft mit Anweisungscharakter, sie ist also nicht nur praxisgeleitet, sondern auch praxisbezogen. Und schließlich tritt Erziehungswissenschaft in die Bildungspolitik ein, indem sie die Teilhabe an der Entscheidungsvorbereitung politischer Reformprozesse fordert. Eine so verfaßte Erziehungswissenschaft wird die Probleme der Bildungstheorie zugunsten operationalisierbarer Problemlösungsvorschläge zurückstellen. Durch den Übergang von der Pädagogik zur Erziehungswissenschaft hat die Erziehungswissenschaft ihren Autonomieanspruch, der seit dem Ende der zwanziger Jahre ihre Disziplingeschichte bewegt, bekräftigt und einseitig ihre alten Einbindungen in die Philosophie und Theologie gekündigt. In einem stringenten Sinne ihres neuen Selbstverständnisses versteht sie sich als eine empirisch verfahrenende Wissenschaft, die Sinn und Zielfragen als außerhalb ihrer Zuständigkeit befindlich erachtet.

Das ist das eine. Zum anderen liegt nahe, daß im Reformgespräch den bildungstheoretischen Fragen lange Zeit bewußt ausgewichen worden ist, um bei den in der Bundesrepublik vorhandenen gegensätzlichen Grundeinstellungen und dem heute vorgegebenen Anspruch der Gesellschaft auf Mitwirkung in diesen Fragen zu dem notwendigen Minimum an Grundkonsens zu gelangen, ohne welchen solche Reformen ja nicht durchzuführen sind. Es hat sich unter Berücksichtigung dieser Vorgegebenheiten ein bestimmter Typus von Prinzipien herauskristallisiert, die man nicht schlankweg mit »Leerformel« disqualifizieren sollte. Es wäre aber sicher genauso falsch, in diesem Typus von Prinzip materialiter aufgefüllte Grundsätze sehen zu wollen, was ja auch niemand – zumindest unter den Reformtheoretikern tut. Es sind *offene* Prinzipien. Sie sind so offen, daß von Anfang an die Gefahr bestanden hat, sie könnten, obgleich sie aus einem bestimmten anthropologischen Grund hervorgegangen sind, zum Spielball unterschiedlicher Erwartungen und Forderungen werden.

Ich möchte dies am Beispiel des Strukturplanes des Deutschen Bildungsrates² verdeutlichen, indem ich aus ihm einige dieser offenen Prinzipien anführe.

Die Grundsätze des Strukturplanes gehen zurück auf das Grundgesetz und zwar auf die Artikel 1 und 2 (Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen, und: das Grundgesetz garantiert jedem einzelnen das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit). Im Strukturplan wird das Bildungswesen unter den leitenden Gesichtspunkt gestellt, daß der Mensch befähigt werden soll, seine Grundrechte wahrzunehmen und die ihnen entsprechenden Pflichten zu erfüllen. »Dem Bildungswesen«, heißt es weiter, »fällt insbesondere die Aufgabe zu, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der einzelne das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie das Recht auf freie Wahl des Berufs wahrnehmen kann. Aus den Grundrechten lassen sich allgemeine, für alle Bereiche des Bildungswesens gültige Ziele ableiten.«

Weiter heißt es in den Grundlinien des Strukturplanes über die Einheit des Bildungswesens: »Am Lernprozeß des jungen Menschen haben neben der Schule die

² Strukturplan für das Bildungswesen. Deutscher Bildungsrat. Empfehlungen der Bildungskommission. Klett-Verlag, Stuttgart 1970, 1972, 398 S.

Familie und Freundschaften, Vereine und Gruppen einen erheblichen Anteil. Hinzu kommen Anregungen, die durch Fernsehen, Funk, Film und Presse, Volkshochschulen und vielleicht auch in privatem Unterricht vermittelt werden. Alle diese Lernvorgänge gehen für den einzelnen in einen Zusammenhang ein, der sich über Schule und Berufsbildung im ständigen Weiterlernen fortsetzt. Alles Lernen bildet einen Zusammenhang.«

Über das Ziel der Bildung heißt es: »Bildung ist die Fähigkeit des einzelnen zu individuellem und gesellschaftlichem Leben, verstanden als seine Fähigkeit, die Freiheit und die Freiheiten zu verwirklichen, die ihm die Verfassung gewährt und auferlegt.«

Und weiter: »Die im Grundgesetz genannten Grundrechte, die hier stellvertretend für alle humanen Grundrechte stehen, gelten für alle in gleicher Weise. Jeder einzelne soll sie wahrnehmen können und sich so verhalten, daß er jedem anderen Mitglied der Gesellschaft die Wahrnehmung derselben Grundrechte selbstverständlich zugesteht. Damit ergeben sich aus den Grundrechten auch Pflichten.«

Dies ist bei Unbestimmtheit der Inhalte ein Bekenntnis zum Gleichheitssatz, ob zur Rechtsgleichheit oder über sie hinaus, bleibt offen. Der Satz erfährt die Ergänzung: »Wenn sich Schullaufbahnen auch weiterhin nach Lerninhalten, Lernverfahren und Lernansprüchen unterscheiden werden, so wird doch nicht länger möglich sein, Rangunterschiede dadurch zu begründen, daß man einer volkstümlichen eine wissenschaftliche Bildung entgegengesetzt. Das organisierte Lernen soll für alle wissenschaftsorientiert sein. Auch wird es nicht länger zu rechtfertigen sein, einer allgemeinen eine nur berufliche Bildung gegenüberzustellen. Das Lernen soll den ganzen Menschen fördern. Dazu gehört, daß jeder das Lernen erlernt. Das soziale System des Lernens soll in allen Bildungseinrichtungen dazu führen, daß die für das Zusammenleben erforderlichen Verhaltensweisen erworben werden.« Und weiter: »Allen Staatsbürgern soll es möglich sein, den gleichen Anspruch auf Bildung in verschiedenen Formen und auf verschiedenen Anspruchsebenen zu realisieren. Schule, Berufsbildung und Weiterbildung stehen damit vor neuen Aufgaben.« Daran schließt sich das Kapitel »Chancengleichheit«, in dem auch darauf hingewiesen wird, daß Chancengleichheit nicht als Nivellierung zu verstehen sei, sondern vor allem auch Differenzierung der Bildungsangebote heiße. Im Kapitel »Bildungsstreben und Gesellschaft« wird von der Individualisierung des Lernens gesprochen. Die Aufgabe der öffentlich verantworteten Bildung wird wie folgt umschrieben: »Sie soll den Gesamtprozeß der Bildung eines Menschen, der vor der Schule begonnen hat und über die Schule und die Berufsbildung hinaus bis in die Weiterbildung reicht, so gut wie möglich fördern und in den gesellschaftlichen Zusammenhang hereinnehmen.« Bildung wird also nicht mehr statisch, als Besitz für den einzelnen, sondern dynamisch und zwar auf die Gesellschaft hin, verstanden, als eine das ganze Leben währende Aufgabe. Demzufolge tritt in der Bildungsdebatte das Wort Bildung zurück und wird zunehmend durch das Wort Lernen ersetzt.

Der Strukturplan besteht ferner auf Beseitigung des Unterschiedes bzw. Integration von theoretischem und praktischem Lernen bzw. Bildung. Er lehnt das uneingeschränkte Leistungsprinzip ab, hält aber daran fest, daß Leistungen in Schule und Ausbildung zu fordern seien.

Alle hier genannten Grundsätze sind, wie gesagt, keine Leerformeln, aber doch

insoweit offene Begriffe, als sie bei Nutzung gleichen Vokabulars ganz unterschiedlich aufgefüllt werden können.

Das heißt: die heute in der Bildungsdiskussion gebrauchten Schlüsselbegriffe wie Chancengleichheit, Verbund von Berufs- und Allgemeinbildung, Leistungs- und Neigungsdifferenzierung usw. werden entsprechend dem unterschiedlichen Vorverständnis derjenigen, die sie benutzen, in einem unterschiedlichen Sinne gebraucht. Wer einem sozialistischen Menschenbild anhängt, wird diese offenen Prinzipien der Bildungsreform anders auffüllen als jemand, der vom christlichen Menschenbild geprägt ist. Es wäre sicherlich zu einfach, wenn man behauptete, wer dem sozialistischen Menschenbild anhangt, sei in Frage der Bildungsreform zukunftsorientiert, auf Veränderung in Staat und Gesellschaft mittels Bildungsreform aus, während der Anhänger eines christlichen Menschenbildes konservativ, Traditionalist sei. Aber ganz ohne Wahrheitskern ist diese grobe These nicht.

Es ist bemerkenswert, daß die Auseinandersetzungen der Bildungsreform dank der hier verknüpft vorgetragenen offenen Prinzipien von Beteiligten *aller* Lager unter Hintansetzung der bildungstheoretischen *Vorfragen* fast rein technokratisch geführt werden können. Bislang wurde fast ausschließlich auf das Funktionieren der Reform abgehoben, und erst der Zugriff linker Gruppen nötigte die Beteiligten, ihre Karten auf den Tisch zu legen, sofern sie welche hatten.

In welchen Grundsatzfragen zeichnen sich, unabhängig vom weltanschaulichen Standort der Beteiligten, Übereinstimmung ab? Anders gefragt: Über welche Prinzipien gab es bisher kaum einen Streit in der Öffentlichkeit?

Es sind vor allem deren zwei:

1. Bildung bzw. Lernen wird heute von allen Parteien fast einhellig als wissenschaftsorientiert verstanden. Bildung und Lernen werden hochgradig verstandesbezogen begriffen. Die Kräfte des Gemütes, Glauben, Lieben, Hoffen, Kräfte, die Persönlichkeit im eigentlichen Sinne prägen, spielen in der Bildungsreformdiskussion fast keine Rolle. Das gilt auch für viele Verlautbarungen von katholischer Seite.

2. Bildung und Ausbildung sind eins. Ein Unterschied zwischen Allgemeinbildung und beruflicher Aus- oder Fortbildung wird nicht mehr gemacht. Dazu ein Zitat aus einem Interview mit Hellmut Becker, dem Präsidenten des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung: »Ich glaube, daß die Alternative zwischen Bildung und Ausbildung überholt ist. Wenn jemand, der ursprünglich Buchhalter war, zum Programmierer umgeschult wird, dann muß er nicht nur die Details des Programmierens lernen, sondern er braucht ein Stück anderen Horizonts. An einem solchen Beispiel sehen Sie am deutlichsten, daß man allgemeine und spezielle Ausbildung nicht trennen kann – vor allem nicht, wenn man davon ausgeht, daß der Mensch nicht nur eine Funktion erfüllen soll, sondern auch als Person mit dieser Funktion fertig werden muß.«

Die Inhalte fast aller anderen Prinzipien der Bildungspolitik sind hingegen umstritten, sie werden unterschiedlich je nach Ansatz aufgefüllt. Das gilt vor allem vom Prinzip der Gleichheit, wo wiederum alle gesellschaftlichen Gruppen von Chancengleichheit und Demokratisierung sprechen, aber die Grenzen dafür so unterschiedlich abstecken, daß naheliegt anzunehmen, daß unter den gleichen Begriffen ganz Verschiedenes verstanden und gewollt wird.

Wie schon erwähnt, wurde der Strukturplan des Bildungsrates als *ein* Beispiel angeführt, um Prinzipien, die heute die Bildungsdebatte bestimmen, vorzustellen. Politisch operiert wird in der Bildungsreform selbstverständlich auch noch mit anderen Prinzipien, die nicht dem Geiste des Strukturplanes entspringen, die aber doch ohne größere Schwierigkeiten in ihn einzubringen sind. Ich nenne hier als Gegenbeispiel die pädagogischen Prinzipien der »Neuen Linken«, die bekanntlich bedeutenden Einfluß auf die Gesetzgebung der Länder und vor allem der Praxis in Sachen Bildungspolitik genommen haben³. Das Ziel dieser Gruppen ist der »neue Mensch«, der in der spätkapitalistischen Gesellschaft, in der wir leben, nicht werden kann. Daher die radikale Kritik der Neuen Linken an der westlichen Industriegesellschaft. Gesucht wird eine Gesellschaftsordnung, die die Herrschaft des Menschen durch Menschen aufhebt. Sie soll nach Marcuse ein »befriedetes Dasein« ermöglichen. Sie soll Institutionen enthalten, die der »freien Entwicklung der menschlichen Bedürfnisse und Anlagen eine größere Chance bieten«. Es wird ein »höherer Grad an Rationalität«, »Gerechtigkeit« und »Freiheit«, eine »höhere Stufe der Humanität« gefordert. Der Mensch soll zu »wahrhafter Selbstbesinnung« gelangen können.

Das alles sind Zitate, die zeigen, wie auch diese Zielvorstellungen vage oder offen sind. Sie erscheinen vernünftig und lassen sich materialiter unterschiedlich auffüllen. Was für die Erziehungswissenschaften ganz allgemein gilt, gilt auch für die Pädagogik der Neuen Linken: sie besitzt keine systematische Theorie der Bildung. Wo Wissenschaftsanspruch erhoben wird, ist es der Wissenschaftsbegriff der dialektischen Philosophie, der diese Arbeiten bestimmt. Es sind das Arbeiten von Autoren, die sich als Vertreter der »Kritischen Theorie«, der »Kritischen Pädagogik« oder der »Kritischen Erziehungswissenschaften« darstellen. Ihre Schlüsselbegriffe in der derzeitigen Reformdiskussion lauten: Emanzipation, Selbstverwirklichung, Demokratisierung, der mündige, der kritische Mensch. Das Mittel, um diese Erziehungsziele zu erreichen, ist die anti-autoritäre oder repressionsfreie Erziehung. Sie hat vier anthropologische Grundannahmen:

1. Der Mensch ist von Natur aus gut.
2. Jeder Mensch ist von Natur aus in höchstem Maße bildsam.
3. Die Menschen werden vorrangig von Interessen, das heißt vom Motiv des Eigennutzes geleitet.
4. Die Masse der Menschen ist unfähig, aus eigener Kraft zu erkennen, was wahr und gut ist⁴.

Die Konsequenzen dieses in die Bildungspraxis umgesetzten anthropologischen Grundmusters zeigen sich heute schon in den Schulen sämtlicher Stufen.

Gerade die Realität heute in den Erziehungseinrichtungen und Schulen jeden Niveaus lehrt uns, daß es zu einfach wäre, anzunehmen, Regierung oder Gesetzgeber beauftragten Fachleute unterschiedlicher Richtung und Überzeugung, einen Strukturplan für Bildung zu erarbeiten, dessen Ergebnisse, wenn für gut befunden, in eine Anzahl von Gesetzen eingehen, die von Ländern und Bund verbindlich erlassen werden, und dann ist die Reform vollzogen. Der Gesetzgeber dekretiert heute

³ Ich folge hier Wolfgang Brezinka, *Die Pädagogik der Neuen Linken. Analyse und Kritik*. Seewald-Verlag, Stuttgart 1972.

⁴ Ebd., S. 25 f.

fast nichts gegen den Willen der organisierten gesellschaftlichen Gruppen, er steht unter ständigem Druck, und zwar um so stärker, je offener das Prinzipiengerüst ist, das ihm angeboten wird und dessen er sich bedienen muß. Das ist keine Kritik an der Arbeit des Bildungsrates. Kritik wäre nur dann angebracht, wenn es Alternativen zum vagen Prinzipienmodell des Strukturplanes gäbe. Wohl aber wäre zu fragen, ob die nicht sozialistisch bestimmten gesellschaftlichen Großgruppen nicht wesentlich vernehmlicher ihre Stimme hätten erheben sollen, als sie es getan haben. Ich kenne nur eine Großorganisation, freilich eine staatliche, die sich fast hundertprozentig abgesetzt hat in der auch für sie relevanten Frage der Bildung und Ausbildung, das ist die Bundeswehr. Sie kann das, die Kirchen z. B. können das nicht, jedenfalls nicht auf dem Wege der Verordnung. Trotzdem ist die Frage zu stellen, ob ein Wort der Bischöfe über »Anspruch und Irrtum neuer Vorstellungen vom Menschen« nicht den Gläubigen, die verunsichert sind, hätte helfen können, auch auf die Gefahr hin, daß das Leitwort parteipolitisch mißverstanden worden wäre und die Bischöfe der Kritik *des* Teiles der Theologen ausgesetzt gewesen wären, die die marxistische »kritische Theorie« in ihr theologisches Denken einbezogen haben. Aber abgesehen davon gibt es auch eine Pflicht der Hirten, sich vor Hilflose zu stellen, selbst wenn abzusehen ist, daß die Hilfe nicht wirksam werden kann. Das Leitwort der Bischöfe hätte einzustehen für die Betroffenen, das sind die Kinder und die Jugendlichen, die ja den heute weithin in der Praxis angewandten Prinzipien der Bildungsreform schutzlos ausgeliefert sind⁵.

Fragt man sich, wer im politischen Geschäft Anwalt der Forderungen der kirchlichen Leitung in diesen wichtigen Fragen sein könnte, so gerät man in Verlegenheit. Von den zwei großen Parteien ist die eine in ihren bildungspolitischen Zielvorstellungen klar präformiert. Die SPD hat sich in den hundert Jahren ihrer Geschichte immer zu der Maxime bekannt: Wissen ist Macht, und sie hält, heute stärker in der ihr verbundenen Gewerkschaftsbewegung, an ihrem ersten Ansatz fest: Befreiung der unterdrückten Arbeiterklasse. Das ist unbestritten eine Programmbasis, man mag zu ihr stehen, wie man will. Man kann auf ihr Bildungsreform betreiben. Tatsächlich lassen sich die entscheidenden Bildungsprinzipien, die heute Schlüssel- und Schlagwörter in der Bildungsdiskussion sind, auf diese beiden Sätze der altgewordenen SPD reduzieren. Die andere große Partei hat keine Geschichte und daher auch keine gewachsene Basis, von der aus überzeugend, klar konturiert, eine von der SPD abgesetzte Bildungsreform und -politik gemacht werden könnte. Sie kann daher nur reagieren.

⁵ Die Schutzlosigkeit der jugendlichen Betroffenen bezieht sich vor allem auf die heute zunehmend zu beobachtende direkte und indirekte Indoktrination, sprich »Aufklärung« im Sinne der Ideologie der Neuen Linken im Unterricht zahlreicher weiterführenden Schulen durch engagierte jüngere Lehrer, die in einzelnen Fällen das »gesellschaftlich entwickelte Bewußtsein« ihrer Schüler mit zum Kriterium der schulischen Leistungsbewertung machen.